

19. Wahlperiode

Der Vorsitzende  
des Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten, Medien

|  |
|--|
| einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und<br>LINKE bei Enthaltung AfD |
|--|

|                |
|----------------|
| <b>An Plen</b> |
|----------------|

## **Beschlussempfehlung**

gemäß § 21 Abs. 3 Satz 5 GO Abghs

des Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten, Medien  
vom 3. Dezember 2025

### **Positionierung des Landes Berlin zur Reform der EU-Kohäsionspolitik, zur subsidiären Verantwortung der Länder und zur Sicherung ausreichender Fördermittel in der Förderperiode 2028-2034**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin nimmt die vom Bundesrat erhobene Subsidiaritätsrüge zum Vorschlag für eine Verordnung über die Einrichtung des Europäischen Fonds für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Landwirtschaft und den ländlichen Raum, Fischerei und Meere, Wohlstand und Sicherheit für den Zeitraum 2028–2034 zustimmend zur Kenntnis.

Mit dem Schreiben der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, liegt inzwischen eine klare politische Bereitschaft der Europäischen Kommission vor, zentrale Anliegen der Regionen und der Länder aufzugreifen.

Dazu gehören insbesondere:

- a. die ausdrückliche Zusicherung, dass Planung, Verhandlung und Implementierung der Fondsprogramme auch nach 2027 weiterhin in der Verantwortung der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen liegen,
- b. die Zusage, dass die Länder künftig an Gesprächen des Bundes mit der Europäischen Kommission beteiligt werden sollen,

- c. die wiederholte Bestätigung dieser Positionen durch die zuständigen Kommissare und Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin fordert den Senat auf,

1. gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Kommission weiterhin darauf hinzuwirken, dass die zugesagte Rolle der Länder in Planung, Verhandlung und Umsetzung der Fonds nach 2027 verbindlich festgeschrieben wird, insbesondere durch eine rechtssichere Klärung der Ausgestaltung der Nationalen Reform- und Prioritätenprogramme (NRPP);
2. sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung die drohenden erheblichen Kürzungen der europäischen Kohäsionsmittel nicht hinnimmt, sondern im Rat und gegenüber der Kommission für eine verlässliche und planbare Finanzierung der Strukturfonds eintritt;
3. sich für eine zeitnahe Klärung und Modernisierung der Governance zwischen Bund und Ländern in der Umsetzung der EU-Fonds ab 2028 einzusetzen, damit die zugesagte Rolle der Länder institutionell abgesichert ist;
4. dem Abgeordnetenhaus regelmäßig über die weiteren Verhandlungen zur Reform der Kohäsionspolitik, über die Position des Bundes und über den Stand der Beteiligung der Länder zu berichten.

#### Begründung:

Der ursprüngliche Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission wurde von zahlreichen Regionen und Mitgliedstaaten kritisch bewertet, unter anderem wegen einer potenziellen Zentralisierung von Steuerungskompetenzen und der unklaren Rolle der Regionen. Auf dieser Grundlage hat der Bundesrat eine Subsidiaritätsrüge verabschiedet.

Mit ihrem Schreiben an die Präsidentin des Europäischen Parlaments hat Kommissionspräsidentin von der Leyen wesentliche Forderungen der Länder anerkannt und ihre Berücksichtigung zugesagt. Auch Vertreterinnen und Vertreter der Kommission sowie der deutsche EU-Botschafter bestätigten jüngst, dass nach 2027 an der partnerschaftlichen Mittelverwaltung festgehalten werden soll.

Gleichzeitig drohen im Zuge der Neuaufstellung des Mehrjährigen Finanzrahmens substanzielle Kürzungen der Mittel der Kohäsionspolitik. Diese würden die Landespolitik – insbesondere in wachsenden Metropolen wie Berlin – erheblich treffen. Hier ist frühzeitige, koordinierte Interessenvertretung erforderlich.

Schließlich ist zwischen Bund und Ländern zeitnah eine neue Governance-Struktur zu entwickeln, die der zugesagten Beteiligung der Länder bei Verhandlungen und der Programmdurchführung nach 2027 gerecht wird.

Entscheidend in der Debatte sind nun die Sicherung ausreichender Fördermittel, die rechtsverbindliche Festlegung der Rolle der deutschen Bundesländer und eine moderne Bund-Länder-Governance.

Berlin, den 4. Dezember 2025

Der Vorsitzende  
des Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten, Medien

Andreas Otto